

# Telangana – eine neue Variante des Regionalismus in Indien

ECKEHARD KULKE

Wer 1969 in Indien zu einer Tageszeitung griff, sah sich fast täglich mit Schlagzeilen und Ereignissen aus dem südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh konfrontiert, mit denen er nichts Rechtes anzufangen wußte. Und dabei ging es ihm nicht anders als den meisten Indern und selbst „informierten Kreisen“. In Delhi wurden die Meldungen aus Hyderabad dem einen zur lästigen Bagatelle, dem anderen zum Alptraum.

Die südindische Telangana-Autonomiebewegung, die ein Ausscheren der neun Telangana-Distrikte aus dem Staat Andhra Pradesh forderte, katapultierte sich über Nacht in das Bewußtsein der ratlosen indischen Öffentlichkeit. Ihre Begleiterscheinungen waren jedem geläufig: spektakuläre Demonstrationen, die über 200 Menschenleben kosteten und Bundestruppen mobilisierten, die die Landesregierung von Andhra Pradesh an den Rand des Sturzes brachten und monatelang das öffentliche Leben in Hyderabad paralyisierten.

Ereignisse, die — folgt man den sporadischen westlichen Zeitungsmeldungen — durchaus Ausdruck des indischen politischen Alltags sein könnten, die jedoch auf eine neue Variante des Regionalismus zurückzuführen sind, die nur schwer mit den verschiedenen herkömmlichen Schlüsseln zur Erklärung indischer politischer Phänomene zu interpretieren ist.

## **Das Phänomen des Regionalismus in der indischen Politik**

Politische, kulturelle, wirtschaftliche Regionen gibt es in Indien seit Menschengedenken. Jede dieser Regionen erlebte ihre Blütezeit, die gleichzeitig nur zu oft ein dunkles Zeitalter der Nachbarregion war. Die regionale Vielfalt ist in Form des „Unity in Diversity“-Konzeptes fest im nationalen Selbstverständnis der heutigen Inder verankert. Die Väter der Verfassung des neuen Indien glaubten der sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Vielfalt der indischen Gesellschaft nur durch ein föderalistisches Verfassungsmodell gerecht werden zu können. Das angesichts der Heterogenität der indischen sozialen Wirklichkeit zuweilen etwas ambitiös anmutende Ziel des „Nationalbuilding“ konnte nur dadurch erreicht werden, daß den unterschiedlichen Regionen und Kräften ein gewisser Spielraum zugestanden, ihre Gegensätze neutralisiert und sie dadurch in die übergreifende Einheit der neuen Nation integriert wurden.

Der Begriff „Region“ wird allzu häufig allein geographisch definiert und eingegrenzt. Wenn wir jedoch von den Bewohnern einer Region ausgehen, definiert sich eine Region vor allem durch historische, linguistische, kulturelle, ökonomische und sozio-



strukturelle Faktoren. Die den föderativen Regionen Indiens zugrundeliegenden Indikatoren<sup>1</sup> waren zunächst historischer, seit 1956 vor allem linguistischer Natur, d. h. die Indische Union übernahm 1947 zunächst die historisch gewachsenen Regionen und Grenzen der englischen Kolonialprovinzen und indischen Fürstentümer, um dann 1956 eine Neugliederung gemäß den Sprachregionen einzuleiten; ökonomische und soziostrukturelle Kriterien wurden dabei in der Regel außer acht gelassen.

Das bei aller regionaler Vielfalt letztlich doch verbindende und integrierende Prinzip der Einheit Indiens findet eine doppelte Begründung:

- a) religiös: über Jahrtausende hinweg hatte Indien seine religiös-kulturelle Einheit, seinen „Hindu way of life“, seine religiös sanktionierte Kasten-Sozialstruktur, seine gemeinsame Sanskrit-Sprachtradition bewahrt.
- b) säkular: unter den Engländern hatte sich eine gesamtindische, westlich gebildete, sich englisch verständigende Verwaltungs- und Bildungselite sowie im Kampf gegen die Engländer ein westlichen Nationalismusvorbildern folgender indischer Nationalismus herausgebildet.

Diese beiden Dimensionen der indischen Einheit sind heute von zwei unterschiedlichen Seiten in Frage gestellt. a) Die fortschreitende, bereits von Nehru bewußt angestrebte Säkularisierung der indischen Gesellschaft und Politik (ohne die die Muslime keinen Platz in der indischen Nation hätten) gibt einem religiös begründeten „Hindu-Nation“-Konzept keinen Raum. Dieses Konzept wird z. Z. offen nur von der Jan-Sangh-Partei vertreten. b) Die zweite Dimension sieht sich durch die im demokratischen Prozeß emporkommenden regionalen Eliten gefährdet, die nicht mehr durch eine gemeinsame westliche Bildung oder durch das Bewußtsein eines einigenden Unabhängigkeitskampfes geprägt sind.

Ehe der Prozeß des „Nationbuilding“ die 500 000 Dörfer Indiens erfaßt hatte, wurde er somit schon unterlaufen und durch Bestrebungen neutralisiert, die einen engeren, überschaubaren Bewußtseinsbereich ansprechen, der für den einzelnen seit der Identität von Sprachregion und Gliedstaat noch greifbarer wird. Die Existenz regionaler Identitäten, die im indischen politischen System von den neuen regionalen, ruralen Eliten artikuliert werden, ist den an einer Gesamtanalyse der indischen Demokratie interessierten politik- und sozialwissenschaftlichen Autoren jahrelang weitgehend entgangen; erst in jüngster Zeit wird dieser Mangel durch eine Reihe von Regionalstudien und Analysen politischer Subkulturen in Indien langsam wettgemacht<sup>2</sup>. Wir sind mittlerweile in der Lage, uns ein Bild von den in der indischen Politik wirksamen Regionalismen zu machen, die, wie im Fall von Madras, teilweise

<sup>1</sup> Bernard S. Cohn, *Regions Subjective and Objective, their Relation to the Study of Modern Indian History and Society*, in: Robert I. Crane (ed.), *Regions and Regionalism in South Asian Studies: An Exploratory Study*; Duke University, Monograph and Occasional Papers Series 1966, Nr. 5, S. 5–38.

<sup>2</sup> Als Vorläufer dieser Studien wäre zu nennen: S. S. Harrison; *India, the most dangerous decades*, Princeton 1960. Es folgen dann als wichtigste Beiträge: Paul R. Brass, *Factional Politics in an Indian State, The Congress Party in Uttar Pradesh*, Berkeley 1965; Baldev Raj Nayar, *Minority Politics in the Punjab*, Princeton 1966; Iqbal Narain (ed.), *State Politics in India*, Meerut 1967; M. Weiner (ed.), *State Politics in India*, Princeton 1968 (Beiträge über U.P. Maharashtra, Kashmir, West Bengal, Rajasthan, A.P., Punjab); ders., *Party Building in a new Nation, the Indian National Congress*, Chicago 1967; Klaus Berkey, *Intelligenzia und Politik in Kerala*, Diss. Aachen 1968.



separatistische Tendenzen (Dravida Munnetra Kazhagam) oder im Fall des Punjab (Sant Akali Dal) und Maharashtras (Shiv Sena) gewaltsame, sich teilweise gezielt gegen andere Regionen wendende Formen annahmen.

Die föderative Gliederung der indischen Regionen nach den genannten Kriterien ist nicht endgültiger Natur; sie ist ein situationsspezifisches Resultat bestimmter historischer Umstände. Das heißt andererseits, daß die gegenwärtige regionale Gliederung Indiens nicht endgültig sein kann. Sie wird auch tatsächlich sporadisch in den verschiedenen staatlich verfassungsmäßig anerkannten Regionen, den Gliedstaaten, immer wieder in Frage gestellt — einerseits durch ethnisch-tribalistische Bewegungen z. B. in Assam (Nagaland) und Bihar (Chota Nagpur) —, andererseits durch religiös begründete Autonomiebestrebungen z. B. in Punjab, die in diesem Bundesland auch tatsächlich erfolgreich war. Für all diese subregionalistischen Bewegungen geben die erwähnten Regionalstudien kaum Interpretationsstützen; dies gilt ganz besonders für die Telangana-Bewegung und die ihr ähnliche Vidarbha-Bewegung in Maharashtra. Die subregionalistische Telangana-Bewegung ist bislang weder beschrieben noch analysiert worden, gerade weil sie nicht mit Hilfe herkömmlicher Schemata in den Griff zu bekommen ist.

### **Die Wurzeln des Telangana-Regionalismus**

Eine Untersuchung regionalistischer oder subregionalistischer Phänomene setzt eine vorherige Klärung der die jeweilige Region definierenden Faktoren voraus. Im Falle Telanganas gründet sich die subregionale Identität in betonter Absetzung von der im Staat Andhra Pradesh dominierenden „Andhra-Identität“ der Küstenregion auf folgende drei Faktoren:

#### a) Historisch-politische Tradition

Telangana war Kernregion des islamisch-feudalistischen Reiches des Nizam von Hyderabad, während die Küstendistrikte Andhras seit 1756 unter britischer Kolonialverwaltung standen und fester Bestandteil der Madras-Provinz waren. Als solche nahmen sie Anteil an den bereits im 19. Jahrhundert einsetzenden Modernisierungstendenzen in bildungsmäßiger, administrativer und ökonomischer Hinsicht. Während die Bildungselite der Andhra-Distrikte (Telugu-Brahmanen) aktiv an der Unabhängigkeitsbewegung partizipierte, war der Bevölkerung Telanganas jegliche Teilnahme an den großen politischen Strömungen Indiens vor der Unabhängigkeit versagt. Am Tage der Unabhängigkeit verfügten beide Regionen somit über sehr unterschiedlich entwickelte politische Kulturen.

#### b) Wirtschaftliche Situation

Telangana ist zwar keine klar abgrenzbare Wirtschaftsregion, vielmehr ist die Wirtschaft für die Telangana-Region eher ein negativer Definiens, d. h. Telangana zeichnet sich — besonders gegenüber Andhra — durch eine überdurchschnittlich rückständige Wirtschaft aus, die, wenn man von Hyderabad-Sekunderabad absieht, ein-



Tabelle: **Strukturdaten – Andhra Pradesh, Andhra Telangana**

	Andhra Pradesh	Andhra	Telangana	Telangana ohne Hyderabad
Fläche (in qkm)	275 280	160 210	115 070	
Bevölkerung 1961 (in Mill.)	35,98	23,27	12,71	10,65
Personen pro qkm	131	145	111	99
Anteil der Outcastes und Stämme in %	17,5	16,2	19,9	
Alphabetisierung (1961) in %	21,2	23,3	17,3	12,3
Urbanisierung in %	17,4	16,4	19,27	10,9
Zahl der registrierten Fabriken 1964	5 223	3 504	1 719	
Elektrifizierte Ortschaften	5 500	4 199	1 301	
Bewässertes Land (in Mill. ha)	3,15	2,3	0,85	
Bewässertes Land in %	100	73	27	
Agrarproduktion in %				
Reis	100	74,2	25,8	
Erdnüsse	100	82,0	18,0	
Rohrzucker	100	76,1	23,9	
Baumwolle	100	80,0	20,0	
Tabak	100	86,7	13,2	
Agrarbetriebsstruktur 1954/55 in %				
0,0– 2,5 Acres		69	24	
2,6–10,0 Acres		25	36,5	
10,1–30,0 Acres		5	27,5	
30,1 und mehr		1	12,0	
		100	100	

seitig agrarisch orientiert ist. Eine lapidare Gegenüberstellung der wichtigsten sozio-ökumenischen Daten mag diese subregionalen Disparitäten verdeutlichen<sup>3</sup>.

Die sich in dieser Gegenüberstellung manifestierende wirtschaftliche Unterentwicklung Telanganas entwickelte sich – kombiniert mit dem Gefühl der Diskriminierung und Übervorteilung seitens Andhras – zu einem entscheidenden Faktor des regionalen Selbstverständnisses, des Telangana-Regionalismus.

### c) Sozialstruktur

Eng mit den ökonomischen Differenzen verbunden ist die unterschiedliche Agrar- und Sozialstruktur. Während die fruchtbare Reisanbauzone Andhras – wenn man von den südlichen Rayalseema-Distrikten absieht – überwiegend von Klein- und Mittelbauern intensiv und rentabel bewirtschaftet wird, überwiegt in Telangana eher der Mittel- und Großbetrieb, was seine Wurzeln in der feudalen Tradition dieser Region hat. Die in dieser feudalen Tradition wurzelnde Diskrepanz zwischen Großbauern einerseits und Landarbeitern andererseits entlud sich bereits 1947/48 in der agrarrevolutionären Telangana-Bewegung, die für fast zwei Jahre weite Teile dieser Region beherrschte und verwaltete. Als Trennungsfaktor fällt jedoch noch mehr ins Gewicht, daß in den beiden Regionen jeweils unterschiedliche dominante land-

<sup>3</sup> Daten aus: Handbook of Statistics, Andhra Pradesh, 1965/66. Bureau of Economics and Statistics, Govt. of A.P. Hyderabad 1966, S. 10–28. Sowie: C. H. Hanumantha Rao, Taxation of Agricultural Land in A.P., Delhi 1966, S. 6–11.



besitzende Kasten die Lokal- und Regionalpolitik bestimmen, die auf Landesebene als Kontrahenten gegenüberreten: die Reddis von Telangana und Kamma von Andhra<sup>4</sup>.

### Telangana als Bestandteil des Staates Andhra Pradesh

Das Problem der föderalistischen Neugliederung Indiens wurde zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit 1947 ausgeklammert; da die Spaltung des Staates in den islamischen Staat Pakistan und in den säkularen, überwiegend von Hindus bewohnten Staat Indien nicht zu verhindern war, kam es für Indien in dieser Situation zuallererst darauf an, die über 500 Fürstenstaaten in die neue Union zu integrieren<sup>5</sup>. Jedoch schon wenige Jahre nach Erlangung dieses Ziels drängten die verschiedenen linguistischen Regionalismen auf eine Zusammenfassung der bislang durch verschiedene Gliedstaaten getrennten Sprachregionen. Unter Abwägung der Vorteile (stärkere Partizipation der Bevölkerung am demokratischen Willensbildungsprozeß in den Gliedstaaten) und befürchteten Nachteile (Gefahr der Herausbildung subnationalistischer Identitäten) ließ sich die Zentralregierung zögernd auf die Neugliederung der Union ein. Unter öffentlichem Druck und nach Empfehlungen der „States Reorganisation Commission“ entstanden in den Jahren 1956 bis 1959 die Staaten Andhra Pradesh (Telugusprachig), Mysore (Kannada), Kerala (Malayalam), Maharashtra (Mahratti), Gujerat (Gujerati), Madhya Pradesh (Hindi) und Rajasthan (Rajasthani und Hindi), um nur die großen Neugründungen zu nennen. Die Folgen dieser bundesstaatlichen Neugliederung waren und sind von größter Bedeutung und Tragweite für das politische Bewußtsein der sich bislang in parochialistischen Dimensionen bewegenden Bevölkerung Indiens. Für den Augenblick war damit ein Problem von enormer politischer Sprengkraft entschärft, allerdings gegen den Preis einer langfristigen Anhäufung weit gefährlicheren Sprengstoffes. Wenn auch das hiermit eng verbundene gesamtindische Regionalismusproblem an dieser Stelle nicht ausdiskutiert werden kann, so soll doch am Beispiel Telanganas die Problematik dieser nach einseitig sprachregionalen Kriterien vorgenommenen Neugliederung Indiens aufgezeigt werden.

Die Forderung nach einem telugusprachigen Andhra-Staat wurde seit 1927 in den nördlichen Distrikten der englisch verwalteten Madras-Provinz von der „Andhra Mahasabha“ erhoben. Mit Erlangung der Unabhängigkeit glaubten die Protagonisten dieses Andhra-Staates ihr Ziel fast erreicht zu haben und intensivierten ihre Agitation. Einen ersten und entscheidenden Erfolg erzielte die Bewegung 1953 mit der Gründung des Staates Andhra (Hauptstadt Kurnool) infolge des Fastentodes eines populären Lokalpolitikers (Potti Sriramulu) und der sich daran anschließenden blutigen Ausschreitungen. Allerdings fehlten in diesem Staat noch die ebenfalls telugusprachigen Telangana-Distrikte aus dem Hyderabad-Staat. Der nächste Schritt war in den Augen der sich nun Vishalandhra-Bewegung nennenden Andhra-Befürworter damit folgerichtig und zwingend: Aufteilung des Hyderabadstaates und Anschluß

<sup>4</sup> Während die dominante Position der Reddis in Telangana unangefochten ist, ist die Situation der Kamma durch die in den südlichen Rayalseema-Distrikten überwiegenden Reddis nicht so eindeutig. Zur Kamma-Reddi-Kontroverse siehe S. S. Harrison op. cit.

<sup>5</sup> Siehe hierzu V. P. Menon; *The Story of the Integration of the Indian States*, London 1956.



der drei telugu-, mahratti- und kannadasprachigen Regionen Telangana, Mahratwada und Karnataka an die jeweiligen — teils erst zu bildenden — Nachbarstaaten, wobei die Hauptstadt des Nizamreiches Hyderabad zu Andhra geschlagen werden sollte. Diese in der Euphorie des neuen Regionalstaatsbewußtseins in Andhra vehement vorgetragene Forderung stieß in den betroffenen Telangana-Distrikten nur auf sehr zögernde Resonanz. Das durchaus vorhandene Bewußtsein sprachlicher Affinität wurde für die Telangana-Bewohner getrübt durch die Furcht vor einer politischen und ökonomischen Majorisierung und Dominanz durch die wesentlich entwickeltere, dynamischere und wirtschaftlich stärkere Andhra-Region.

Die „States Reorganisation Commission“ respektierte diese Vorbehalte der Telangana-Bewohner und empfahl 1955 deshalb nicht die sofortige Integration von Andhra und Telangana, sondern die Bildung eines separaten Telangana-Gliedstaates, in dem nach weiteren fünf Jahren in einem Plebiszit die Frage des Anschlusses oder der separaten Eigenstaatlichkeit entschieden werden sollte. Im Gegensatz zu dieser Empfehlung entschied sich jedoch die Kongreßführung in Delhi 1956 für einen Zusammenschluß der beiden Regionen zu dem Staat Andhra Pradesh mit der Landeshauptstadt Hyderabad. Die führenden Kongreßpolitiker Telanganas gaben sehr bald ihre autonomistischen Reserven auf und arrangierten sich mit der neuen Situation. Dies wurde ihnen durch ein Entgegenkommen der führenden Kongreßpolitiker Andhras erleichtert. Je vier Politiker<sup>6</sup> aus beiden Regionen unterzeichneten am 20. 2. 1956 in Delhi das im folgenden vielzitierte „Gentleman's Agreement“<sup>7</sup>, in dem gewisse Vorkehrungen abgesprochen wurden, die verhindern sollten, daß die Befürchtungen Telanganas Realität würden<sup>8</sup>. Die wichtigsten Punkte dieses Übereinkommens beinhalten<sup>9</sup>:

- a) In der zukünftigen Landesregierung sollen stets 60<sup>0</sup>/<sub>0</sub> Andhras, 40<sup>0</sup>/<sub>0</sub> Telanganas vertreten sein. Einer der Minister soll ein Muslim sein.
- b) Der Chiefminister Andhra Pradeshs oder sein Stellvertreter soll stets aus Telangana stammen.
- c) Die Kongreßpartei Telanganas soll bis 1962 eine separate Organisation mit einem eigenen Congress-Committee (TPCC) erhalten.
- d) Ausgaben für die zentrale Verwaltung und Entwicklung des Staates sollen im Verhältnis 2 : 1 von beiden Regionen getragen werden. Im Falle, daß Telangana mehr Steuern aufbringt als Andhra, soll dieser Mehrbetrag ausschließlich zur Entwicklung Telanganas verwandt werden.
- e) Regierungsbeamte und -angestellte sollen sich in Andhra wie in Telangana aus der jeweiligen Region rekrutieren.
- f) Der Verkauf von landwirtschaftlichem Grund und Boden in Telangana unterliegt der Kontrolle einer Regierungskommission.

<sup>6</sup> Für Andhra B. Gopala Reddy, N. Sanjiva Reddy, G. Latchanna, Alluri S. Raju; für Telangana Ramakrishna Rao, K. V. Ranga Reddy, Dr. Chenna Reddy, J. V. Narasing Rao.

<sup>7</sup> Die Tatsache, daß ein solch schwerwiegendes Abkommen kongreßintern und ohne Konsultationen mit den Oppositionsparteien abgesprochen wurde, hat letztere stark verbittert. Siehe Raj Bahadur Gour, *Telangana Tangle — the Communist Approach*, New Delhi, People's Publishing House 1969, S. 7.

<sup>8</sup> Bei der Bildung des Staates Andhra 1953 war eine ähnliche Übereinkunft (Sri Baug Pact) zum Schutz der rückständigen Rayalseema-Region getroffen worden. Siehe „The Telangana Movement“, op. cit., S. 18.

<sup>9</sup> *Ibid.*, S. 143–145.



- g) Zum Schutz des in Hyderabad von Muslimen gesprochenen Urdu wurden Übergangsbestimmungen beschlossen.
- h) Zur Vertretung der Interessen Telanganas wird ein Telangana-Regional-Committee aus 20 Telangana-Parlamentariern gebildet.

Die Anerkennung der Notwendigkeit von Regionalkomitees zum Schutz der Interessen rückständiger Regionen in größeren Gliedstaaten fand später ihren Niederschlag in einer Ergänzung der indischen Verfassung durch die Artikel 371/372, in denen für Telangana, Punjab, Vidarbha, Maharatwada, Saurashtra und Kutch derartige Gremien vorgesehen wurden. Verwirklicht wurde dies jedoch nur in Telangana und Punjab. Während das Regionalkomitee in Punjab eine Spaltung des Staates nicht verhindern konnte, war die Tätigkeit des Telangana-Regional-Committee auf Grund institutioneller Mängel nicht viel erfolgreicher.

### 13 versäumte Jahre

Die mit dem Gentlemen's Agreement besiegelte staatliche Zusammenfassung Andhras und Telanganas hätte durchaus Chancen gehabt, beide Teile zu einem integrierten Ganzen zu verschmelzen, wenn die Bestimmungen dieses Vertrages wirklich realisiert worden wären. Tatsächlich jedoch wurde in der Folgezeit ständig gegen fast jeden der Punkte verstoßen, so daß es 1969 nur eines relativ geringfügigen Anlasses sowie einer geschickten Agitation bedurfte, um latente Frustrationen in Telangana zu mobilisieren und den Staat hart an den Rand des Auseinanderbrechens zu führen.

Das entscheidende Dilemma besteht darin, daß die im Gentlemen's Agreement aufgeführten Zugeständnisse institutionell nicht abgesichert waren. Das Telangana-Regional-Committee, das am ehesten diese Absicherung vornehmen konnte, hatte lediglich beratende Funktion. Die Regierung war nicht gezwungen, seinen Empfehlungen zu folgen. Zudem sorgte eine mehrheitliche Zusammensetzung aus Telangana-Kongreßparlamentariern, die wiederum von dem von Andhras dominierten Andhra Pradesh Congress Committee (das im Abkommen vorgesehene TPCC war bereits nach wenigen Monaten aufgelöst worden) selektiert wurden, für eine relativ konforme und integrationswillige Haltung des Komitees. Erst in jüngster Zeit besann sich das Komitee auf seine ursprüngliche Aufgaben und wies auf eine Reihe von Mißständen hin.

An folgenden Punkten entzündete sich 1969 dann die Telangana-Bewegung:

- a) Entgegen den Zusagen von 1956 kam die Abmachung, daß entweder der Chiefminister oder sein Stellvertreter aus Telangana stammen sollte, nicht zur Anwendung. Seit 1956 kamen sämtliche Chiefminister aus Andhra (zwei aus Rayalseema, einer aus den Küstendistrikten), und nur für zwei Jahre (1960–62 unter Sanjivayya) wurde ein Telangana-Politiker stellvertretender Chiefminister. Die Kabinette wurden stets eindeutig von Andhras dominiert, und selbst die Chiefsecretaries als Spitzen der Verwaltung des Staates kamen niemals aus Telangana. Die Dominanz Andhras blieb nicht auf den Kongreß beschränkt, sondern sie ist ebenso bei den Oppositionsparteien zu beobachten (CPI, CPM, Swatantra).



b) Durch eine unterschiedliche Steuerpolitik in beiden Regionen hat Telangana trotz eines 25% niedrigeren Prokopfeinkommens ein um 26% höheres Prokopfsteueraufkommen<sup>10</sup>, d. h., die an sich wirtschaftlich leistungsfähigere Andhra-Region entrichtet einen wesentlich geringeren Steueranteil im Vergleich zum wirtschaftlich schwachen Telangana. (Der Grund hierfür ist eine höhere Grundsteuer sowie die einträgliche Alkoholsteuer in Telangana. In Andhra ist der Alkoholverkauf in Befolgung Gandhischer Prinzipien prinzipiell verboten.) Diese ungleiche Steuerbelastung hat dazu geführt, daß Andhra in den 12 Jahren von 1956 bis 1968 ein Defizit von 530 Mill. Rupien aufzuweisen hat, dem ein Telangana-Überschuß von 639 Mill. Rs. gegenübersteht. Dieser Überschuß kam nun nicht wie vorgesehen Telangana zugute, sondern er wurde im allgemeinen Staatshaushalt verrechnet, der somit in diesen 12 Jahren einen Überschuß von 109 Mill. Rs. aufweist. Der Defizit-Ausgleich wurde zwar nicht durch einfache Transferierung von Telangana-Überschüssen nach Andhra erzielt, sondern gewissermaßen durch Zweckentfremdung zentraler Beihilfen aus Delhi, die an sich für Entwicklungsprojekte im Rahmen der Fünfjahrespläne gedacht waren und die anteilmäßig auf Telangana und Andhra zu verteilen waren<sup>11</sup>.

Während Telangana 41,7% des gesamten Steueraufkommens des Staates erbrachte, wurden nur 36,8% in dieser Region wieder ausgegeben. Das APCC als führendes Kongreßgremium des Staates begründete dies folgendermaßen: „... the phenomenon of revenue surplus in Telangana coupled with its backwardness represents a paradoxical situation wherein the very backwardness of the region prevents it from utilizing its own revenues to the full, despite its crying needs...“<sup>12</sup> Diese Erklärung ist aus der Sicht Telanganas an Zynismus kaum noch zu übertreffen.

Würde man den gegen den Geist des Gentlemen's Agreements vorgenommenen Budgetausgleich als Kredite Telanganas an Andhra behandeln, so würden sich die Schulden (inclusive Zinsen und unter Berücksichtigung der Geldentwertung) Andhras mittlerweile auf über eine Mrd. Rs. belaufen. Dieses Geld hätte – in Telangana investiert – von enormer wirtschaftlicher Bedeutung (Schaffung von Arbeitsplätzen, Einkommenssituation, Steueraufkommen usw.) sein können.

Der Vorwurf der Telangana-Bewegung, daß sich die wenig Steuern entrichtende reiche Andhra-Region ihre Entwicklungsprojekte durch Geld aus der hoch besteuerten, jedoch armen Telangana-Region finanziert, wird somit nicht ohne Grund erhoben. „... the State Government has been utilising the income of the underdeveloped region for the development of the already developed region thus contributing to the apprehension that the Telangana Region would not receive proper attention while remaining in Andhra Pradesh.“<sup>13</sup>

<sup>10</sup> C. H. Hanumantha Rao; Budgetary Surpluses of Telangana, in: Economic and Political Weekly, 18. 10. 1969, S. 1665. Rao stützt sich bei seinen Daten auf den offiziellen Lalit Report, der 1969 auf Veranlassung der Regierung A.P.'s zur Klärung dieser Streitfragen angefertigt worden war.

<sup>11</sup> Die Praxis bei der Vergabe von Zentralbeihilfen geht davon aus: je niedriger das Prokopfeinkommen, desto höher die Beihilfe. Danach hätte Telangana zwei Drittel der Beihilfen für sich beanspruchen können. Siehe C. H. H. Rao, op. cit.

<sup>12</sup> „United we stand“, APCC Publication, Hyderabad 1969, S. 10.

<sup>13</sup> Report of the Ad-Hoc Committee on Planning on Extra Finances of Telangana and Im-



- c) Ein Hunderttausende Telangana-Bewohner unmittelbar betreffendes Problem ist die Situation auf dem Stellenmarkt der Beamten und Staatsangestellten Andhra Pradeshs. Zur Vermeidung einer Überfremdung Telanganas durch Staatsangestellte aus den Küstendistrikten hatte das Gentlemen's Agreement eine getrennte Rekrutierung in den jeweiligen Regionen vorgesehen. Diese Regelung ließ sich, abgesehen von der ohnehin notwendigen Sonderstellung der Landeshauptstadt Hyderabad-Sekunderabad, jedoch tatsächlich nicht durchführen, da Telangana auf Grund eines beträchtlichen Bildungsrückstandes zum Zeitpunkt des staatlichen Zusammenschlusses gar nicht in der Lage war, auf Anrieb alle freien Stellen zu besetzen. Man war zunächst also zu Improvisationen gezwungen, die der Übereinkunft widersprachen. Inzwischen hat sich die Bildungssituation in Telangana grundlegend geändert:

	Mittelschüler <sup>14</sup>		Collegestudenten	
	1956	1966	1956	1966
Andhra	299 000	619 000	39 000	58 000
Telangana	82 000	440 000	12 000	37 000

Daß das höhere Bildungswesen trotz dieses gesteigerten Outputs nach wie vor von Andhras beherrscht wird, wird aus der Tatsache deutlich, daß von den 300 Senior Lecturers und von den 47 Principals im Staat nur 40 bzw. 3 aus Telangana stammen. Tausende jährlich aus den Schulen und Colleges entlassene Studenten Telanganas sehen allerorts ihre angestrebten Arbeitsplätze durch aus Andhra stammende Beschäftigte besetzt. So rekrutieren sich, um nur einige Beispiele zu nennen, von 3000 Angestellten im State Secretariate in Hyderabad kaum 400 aus Telangana<sup>15</sup>, im State Electricity Board von 2970 mittleren und gehobenen Angestellten 344 aus Telangana<sup>16</sup>, von 136 Deputy Registrars in Genossenschaften (im ländlichen Bereich eine Art Schlüsselposition) sind nur 16 Einheimische Telanganas<sup>17</sup>.

Die Telangana-Bewegung greift vor allem die Andhra-Dominanz auf dem Arbeitsmarkt und die sich daraus ergebende Chancenungleichheit an. „... All this was deliberately planned by the state administration to convert Telangana into a dumping ground for the unemployed educated youth of Andhra, taking advantage of the commanding position, the Andhras enjoy at all levels of state administration.“<sup>18</sup> Hinzu kommt noch der Verdacht, daß eine Verwaltung in Händen von Andhras bevorzugt Aufträge, Konzessionen und Lizenzen an Personen oder Firmen aus der eigenen Region vergibt und dadurch der Telangana-Wirtschaft zusätzlichen Schaden zufügt.

- d) Sowohl Landlords in Telangana als auch Marwari-Geschäftsleute in Hyderabad sehen sich seit Jahren durch die Konkurrenz von unternehmerischen und flexiblen

plementation of Plan and Non-Plan Schemes, adopted by the Regional Committee on 7. 3. 1969. Hyderabad 1969, Abschnitt 16.

<sup>14</sup> R. B. Gour, op. cit., S. 18.

<sup>15</sup> Organiser, 26. 7. 1969.

<sup>16</sup> A. V. Rao, The People's Struggle, Hyderabad 1969, S. 66.

<sup>17</sup> Ibid., S. 71.

<sup>18</sup> The Telangana Movement, op. cit., S. 87.



Andhras herausgefordert, die in den überbevölkerten Küstenregionen Andhras ihr Land zu hohen Preisen verkaufen und dafür weite Ländereien in Telangana aufkaufen oder ihr Kapital in Industrien, Hausbesitz, Restaurants, Kinos, Tankstellen in Hyderabad oder den Distriktsstädten anlegen. Diese „Kamma-Kulaken“ verfügen sowohl über das Geld als auch die Fähigkeiten, ihr neues Land mit wesentlich mehr Gewinn zu bewirtschaften als die einheimischen Reddis und Velamas. Sie treiben die Kommerzialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft voran und zwingen damit den Großbauern Telanganas – oft gegen deren Willen – das Gesetz des Handelns auf. Ökonomische Konkurrenz und Kastenvitalitäten (Kammas versus Reddis) erzeugten in wenigen Jahren eine gespannte Atmosphäre. Verschärft wurde dieser Konflikt dadurch, daß den zugewanderten „Neureichen“ häufig nachgesagt wird, ihr Land und Kapital in sog. „troubled land deals“<sup>19</sup> auf unlautere Weise an sich gebracht zu haben.

Die soeben beschriebenen Entwicklungen schufen ein Frustrationspotential in Telangana und führten zwischen Regionalpolitikern, Großbauern, Marwari-Geschäftsleuten, Studenten und Staatsangestellten zu einer gegen Andhra gerichteten Interessenkonvergenz, die sich relativ leicht zu einer Aktionseinheit solidarisieren und mobilisieren ließ. Als zusätzliche, an einer Spaltung des Staates interessierte Gruppe kommen die Muslime in Betracht, die seit dem Ende des Nizamreiches und dem Anschluß Telanganas an Andhra einen Niedergang von Position und Rolle ihrer Minderheit erlebten. So sehr ihre führende Beteiligung an der Bewegung zu erwarten gewesen wäre – in einem separaten Telangana hätten die immerhin knapp 50% der Einwohner Hyderabad stellenden Muslime ihren Einfluß ohne Zweifel ausweiten können –, so sehr verwundert jedoch ihre augenscheinliche Zurückhaltung. In Hyderabad kursieren allerdings Gerüchte, die von massiver finanzieller Unterstützung der Bewegung durch muslimische Feudalfamilien wissen wollen. Für eine offene Deklamation ihrer Präferenzen seien die Muslime als gefährdete Minderheit hingegen zu klug.

Bei diesem Zusammentreffen verschiedener Fakten und Interessen ist es nicht verwunderlich, daß Parolen, die von gezielter Ausbeutung und regionaler Diskriminierung sprachen, nur zu willig aufgenommen und verbreitet wurden. Wenn auch politische Dominanz und berufliche Diskriminierung schon schwer genug wogen, so verbitterte am meisten die offensichtliche ökonomische Übervorteilung. Gerade der ökonomische Aspekt bewies auch in anderen autonomistischen und separatistischen Bewegungen (z. B. Ostpakistan, Indonesien, Biafra) die größte Sprengkraft. Es ist nicht verwunderlich, daß die wirtschaftliche Diskriminierung seitens der Landesregierung schließlich für die gesamte Wirtschaftsmisere der Region verantwortlich gemacht wurde, ohne daß die wirtschaftliche Rückständigkeit vor der Integration in Rechnung gesetzt wird. Die Forderung nach Desintegration scheint aus dieser Sicht dann nur zu folgerichtig. Es mag verständlich sein, daß die Telangana-Agitatoren dabei zuweilen die Proportionen etwas aus den Augen verlieren, indem sie ver-

<sup>19</sup> Hierbei werden rechtlich umstrittene, infolge der Zamindari-Abolition in langwierige Prozesse verwickelte Ländereien ehemals feudaler Großgrundbesitzer für geringes Geld gekauft, durch entsprechende Beziehungen zu Politikern von ihrer Prozeßbelastung befreit und dann mit überhöhten Gewinnen weiterverkauft. Siehe *Economic and Political Weekly*, 15. 2. 1969; Link 15. 6. 1969.



sichern, ein unabhängiges, sich frei entfaltendes Telangana könnte ein neuer Reiser Gürtel Indiens werden, könnte ausgebaut werden „into one of the biggest industrial belts in the world.“<sup>20</sup>

### Die plötzliche Eskalation

Das latente Unbehagen einzelner Kreise in Telangana wurde seit Mitte 1968 wiederholt durch den Landesminister Konda Lakshman artikuliert, der in verschiedenen Briefen an den Chiefminister und den Chiefsecretary darauf drängte, endlich die im Gentlemen's Agreement zugesicherten Anstellungsreservierungen für Telanganas durchzusetzen<sup>21</sup>. Die sich daran anschließenden Gespräche auf Ministerebene fanden ihren Niederschlag in einer verstärkt in den Zeitungen durchgeführten Diskussion, die noch zusätzlich belebt wurde durch den offen ausgetragenen Streit um die Selektion von Arbeitskräften für ein Kraftwerk in Khammam (Telangana)<sup>22</sup>. Gegen eine sich anbahnende Regelung zuungunsten der Andhras kam es im November zu einer ersten Demonstration in Kakinada (Andhra). Bis zum Ende des Jahres 1968 hatte das Problem jedoch noch keine Dimensionen angenommen, durch die sich die Regierung zu außergewöhnlichen und kurzfristigen Schritten veranlaßt gesehen hätte. Erst als Anfang Januar bei den Studentenratswahlen an der Osmania-Universität in Hyderabad die Anstellungsfrage in der Auseinandersetzung zwischen zwei Studentengruppen – unter gewalttätigen Begleiterscheinungen – zu einem Politikum hochgespielt wurde, setzte überstürzt eine Entwicklung ein, die der Regierung sehr bald aus der Kontrolle geriet und in Telangana innerhalb weniger Wochen lang angestaute Aggressionen hochspülte.

Über Nacht entluden sich diese Aggressionen in verschiedenen Distrikten Telanganas; in Nalgonda wurde Ende Januar ein Andhra-Beamter bei lebendigem Leibe verbrannt, was innerhalb weniger Tage eine nicht weniger gewalttätige Revanche gegen den an Andhra grenzenden Ort Kodad (Nalgonda-Distrikt) zur Folge hatte. Die in Indien so häufig zu beobachtende Spirale der Gewalt drohte zu eskalieren. Tausende von Andhra-Familien verließen überstürzt Telangana.

Um die Eskalation zu verhindern, beschloß eine von Chiefminister Brahmananda Reddy einberufene Allparteienkonferenz am 19. 1. 1969, mit sofortiger Wirkung sämtliche in Telangana beschäftigten, aus Andhra stammenden Regierungsangestellten nach Andhra zu versetzen und – wenn nötig – die Stelle so lange frei zu halten, bis eine einheimische Arbeitskraft diesen Platz einnehmen könnte. In einer Gesellschaft, in der der Staat der größte Arbeitgeber ist, wird eine solche rigorose Maßnahme leicht zur Staatskrise.

Der Oberste Gerichtshof von A.P. erklärte jedoch diesen Beschluß unverzüglich für verfassungswidrig, was die Andhras kurzfristig zufriedenstellte, in Telangana jedoch die Auseinandersetzung erst auf die Spitze trieb. Da eine Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes nicht innerhalb eines Bundesstaates, wohl aber unter gewissen Bedingungen zwischen verschiedenen Gliedstaaten möglich war, war die

<sup>20</sup> The Telangana Movement, op. cit., S. 109.

<sup>21</sup> Konda Lakshman Bapuji; Telangana Affair – from Vishalandhra to Telangana, Hyderabad 1969, S. 7.

<sup>22</sup> Siehe Raj Bahadur Gour, op. cit., S. 31 f.



logische Konsequenz aus diesem Gerichtsurteil die Forderung nach einem eigenen Staat Telangana, in dem die Bewohner nicht mehr die Majorisierung und Domination der Andhras zu befürchten hatten, in dem sie sozusagen „Herr im eigenen Haus“ waren.

Unter dem Slogan „Statehood for Telangana“ mobilisierte die Bewegung sehr schnell eine Massenbasis. Sämtliche Schulen und Colleges schlossen – für acht Monate – ihre Tore und versorgten dadurch die Bewegung mit einem permanent agitationsbreiten und -willigen Kader von Hunderttausenden von Jugendlichen. Die Landesregierung unter B. Reddy war hilflos und verhielt sich zögernd. Nachdem das anfängliche Entgegenkommen durch ein Gerichtsurteil zunichte gemacht worden war, glaubte sie mehr und mehr, die Telangana-Agitation als „Law and Order“ Problem abtun zu können und gewaltsam beenden zu müssen, um dadurch jedoch nur das Gegenteil zu erreichen. Polizei und zeitweilig auch Armee versuchten immer wieder, der Lage durch Schußwaffengebrauch Herr zu werden. Das Resultat waren Dutzende von Märtyrern der Telangana-Bewegung. „... A historic struggle is going on in Telangana where the sacred Constitution is set on flames and the Democracy is murdered by the Rulers who have surpassed the Nazis to retain their power.“<sup>23</sup>

Die Bewegung begann zunächst ohne prominente Führer. Die in den ersten Januarwochen entstandene und zusammen mit dem „Students Action Committee“ die Agitation leitende „Telangana Praja Samithi“ gewann erst nach Monaten die Unterstützung einzelner prominenter Regionalpolitiker, die plötzlich Chancen für ihre eigene politische Zukunft erblickten. Besonders in der Kongreßpartei Telanganas spielte sich eine Neuorientierung verschiedener Kongreßfaktionen ab, die die seit den Wahlen 1967 unangreifbar scheinende Position B. Reddys<sup>24</sup> binnen weniger Wochen vollkommen untergrub. Der Verlauf der Telangana-Agitation offenbarte in fast idealtypischer Weise die Flexibilität und Unberechenbarkeit des innerparteilichen Kongreßfaktionalismus.

Einzelne Kongreßlandtagsabgeordnete aus Telangana erblickten in dieser Agitation gegen die Andhra-Dominanz eine Möglichkeit, ihre eigene Stellung in der Partei auf Kosten der Andhra-Politiker auszubauen und aufzuwerten. Ihre Kalkulation zielte darauf ab, in einem separaten Telangana – ungehindert durch Andhras – die Regierung stellen zu können. Der erste Schritt zur Beendigung dieser Dominanz wurde für sie am 1. Juni mit der Ausrufung eines eigenen TPCC vollzogen, in der Kongreßparteiorganisation das für die Selektion von Parteikadern und Kandidaten (durch ein spezielles Wahlkomitee) zuständige Gremium. Diejenige Kongreßfaktion, die dieses Gremium kontrolliert, ist im Besitz der entscheidenden Selektions- und Kontrollmechanismen in der Partei, so daß sich in allen Gliedstaaten der Kampf um Einfluß in Partei und Regierung auf diese Pradesh Congress Committees konzentriert.

<sup>23</sup> A. V. Rao; *The People's Struggle*, Hyderabad 1969, S. 94.

<sup>24</sup> Treffend wird B. Reddy im *Economic and Political Weekly* (19. 4. 69) charakterisiert: „... He is by no means the worst of Congress Chiefministers. As a matter of fact, he is probably the best that the decaying Congress can provide at the moment. He is reasonably non-communal, non-casteist and receptive. He preps to move Left provided that the interests of the Andhra capitalist farmers are not affected. He does, at least, think in terms of development. But somehow he has become the symbol of Andhra domination... It is true that as Financeminister and Chiefminister he is certainly responsible for the violations of the Gentlemen's Agreement.“



Die bedeutendsten Kongreßpolitiker dieser auf die Separation hinarbeitenden Gruppe waren Konda Lakshman, am 27. 3. in den Augen der Separatisten noch gerade rechtzeitig aus dem Kabinett B. Reddy zurückgetreten, um nicht mit diesem identifiziert zu werden, seit Juni Vorsitzender des neu gebildeten TPCC; Dr. Chenna Reddy, Mitunterzeichner des Übereinkommens von 1956 und langjähriger prominenter Landes- und Zentralminister, dem jedoch 1968 wegen Wahlbetrugs gerichtlich für fünf Jahre die Wahrnehmung parlamentarischer Funktionen untersagt wurde und der nun in der Telangana-Bewegung als Präsident der Telangana Praja Samithi eine Chance erblickte, verlorenen Boden wiedergutzumachen.

Viele Kongreßpolitiker sahen in einer Parteinahme für die Bewegung angesichts der Massenpartizipation ihre einzige politische Überlebenschance. Dies gilt vor allem für die an sich nicht unmittelbar involvierten Telangana-Abgeordneten im Zentralparlament, die bei zukünftigen Wahlen in Telangana als „Integrationisten“ keine Chancen zu haben glaubten<sup>25</sup>.

Andere wiederum (z. B. Revenue-Minister V. B. Raju, bis wenige Monate zuvor einer der engsten Verbündeten B. Reddys) lehnten eine Spaltung des Staates bei Einhaltung gewisser Sonderrechte Telanganas ab, sie glaubten jedoch im Zuge der Agitation den Chiefminister B. Reddy „erledigen“ zu können, um in einem ungeteilten Andhra Pradesh ihre eigene „integrationistische“ Telangana-Kongreßfaktion an die Macht zu führen. Deshalb war auch diese an sich nicht auf eine Spaltung hinarbeitende Gruppe an einer Überhitzung der politischen Atmosphäre in Telangana interessiert, die B. Reddy zu Fall bringen mußte. Dieser Sturz war allerdings nicht ohne Zustimmung der Kongreßzentrale in Delhi möglich, die folglich von sämtlichen Gruppierungen ständig umworben und unter Druck gesetzt wurde.

Die Zentralregierung wich jedoch jeder Entscheidung aus, in der Hoffnung, daß die Bewegung sich nach einiger Zeit selbst totlaufen würde. Während die führenden Kongreßpolitiker Indira Gandhi, Morarji Desai, Y. B. Chavan sowie Kongreßpräsident Nijalingappa offen ließen, ob sie B. Reddy halten oder schließlich fallenlassen würden, ob sie „President's Rule“ einführen oder die Einsetzung eines Telangana-Chiefministers betreiben sollten, lehnten sie — am striktesten Morarji Desai<sup>26</sup> — einmütig eine Spaltung des Staates Andhra Pradesh ab.

Diese kategorische Ablehnung wurde — mit einer Ausnahme — von sämtlichen gesamtindischen Oppositionsparteien geteilt. Am klarsten bezogen in dieser Hinsicht der sich generell zentralistisch gebärdende Jan Sangh und beide kommunistische Parteien Stellung, wobei die CPI versuchte, sich als Fürsprecher für die Reservationen der Telanganas in einem **geeinten** Andhra anzubieten. In der SSP (Samyukta Socialist Party) kam es über Telangana zum Konflikt zwischen der zentralistisch argumentierenden Parteispitze und der auf seiten der Separatisten stehenden A.P.-SSP, die unter Führung des Marwari-Millionärs B. V. Pitti steht. Als einzige gesamtindische Partei trat die Swatantrapartei für eine Teilung des Staates ein<sup>27</sup>, wobei sie an sich nicht an Telangana interessiert war, sondern hoffte, daß in einem

<sup>25</sup> Von den 14 Congress Lok Sabha-Abgeordneten aus Telangana befürworteten 11 die Separation, darunter auch die Union Deputy Minister M. R. Krishna und Yunus Saleem. Siehe *The Current*, 29. 11. 1969; *The Statesman* 18. 11. 1969.

<sup>26</sup> *The Hindu*, 22. 6. 1969.

<sup>27</sup> Diese Ansicht vertrat der Parteivorsitzende Ranga bereits im April auf einer All-Parteien-Konferenz in Delhi. *Link*, 13. 4. 1969.



separaten Andhra die in den Küstendistrikten besonders starke Swatantra an Bedeutung gewinnen würde. Allen Oppositionsparteien gemeinsam war jedoch die prinzipielle Forderung des augenblicklichen Rücktritts der Kongreßregierung. Die Einmütigkeit der Kongreßzentrale verwundert angesichts der sich anbahnenden gesamtindischen Kongreßspaltung; immerhin hätte eine frühe Stellungnahme eines zentralen Kongreßführers für Telangana diesem und seiner Gruppe eine sichere Anhängerschaft in der Region gebracht. Derartige Überlegungen traten jedoch zu diesem Zeitpunkt in Delhi noch zurück. Die Gefahr einer Kettenreaktion in anderen Staaten Indiens war zu groß und tatsächlich gegeben, wie die sich bewußt auf Telangana berufenen Pressionsversuche regionaler Interessen in Rayalseema (Andhra Pradesh)<sup>28</sup> und Vidarbha (Maharashtra)<sup>29</sup> gerade zum Höhepunkt der Telangana-Bewegung zeigten.

Dieser Höhepunkt war Anfang Juni erreicht, als die Regierung die Wiedereröffnung der Schulen und Colleges dadurch erzwingen wollte, daß kurzfristig, ohne jede Vorbereitung und unter Polizeischutz, die Jahresprüfungen abgehalten werden sollten. Dies wurde verhindert durch einen nahezu totalen Boykott, durch einen wochenlangen Generalstreik in Telangana, durch Satyagraha (Gandhische Methode, gewaltlos Demonstrations- und Versammlungsverbote zu verletzen) von vielen Tausenden von Agitatoren<sup>30</sup>, durch eine Kette von gewaltsamen Ausschreitungen gegen öffentliche Verkehrsmittel und Gebäude, die wieder eine ungewöhnlich blutige Niederschlagung zur Folge hatten. Indira Gandhi und andere Kongreßführer flogen ohne Verzug nach Hyderabad, die Führer der Bewegung wurden verhaftet. In den Augen von Radio Peking hatte damit die Revolution in Indien hoffnungsvoll begonnen<sup>31</sup>, eine Interpretation, die von den differenzierter urteilenden indischen Kommunisten, für die die Telangana-Bewegung eine großbäuerliche und bourgeoise Affäre war<sup>32</sup>, nicht geteilt wurde.

Angesichts dieser Eskalation entstand in Andhra eine interessante Gegenbewegung. Unter dem Slogan „Andhra for Andhras“ begann nun die „Andhra Samaikya Sangham“ die Trennung Andhras von dem als Ballast empfundenen wirtschaftlich schwachen Telangana zu betreiben. An dieser Gegenbewegung waren sowohl Kongreßpolitiker wie der APCC-Vorsitzende K. Venkataratnam und der Landwirtschaftsminister Thimma Reddy, als auch die in Andhra besonders starke Swatantra-Partei unter Latchanna beteiligt<sup>33</sup>.

Unter dem massiven Druck der Straße bot Chiefminister B. Reddy daraufhin Ende Juni seinen Rücktritt an. Die noch im Kabinett verbliebenen Telangana-Minister wollten dem ihrerseits zuvorkommen und traten ebenfalls zurück<sup>34</sup>. Die Kongreßführung

<sup>28</sup> The Hindu, 8. 6. 1969.

<sup>29</sup> Während der Budget-Debatte im Landtag von Maharashtra wurde von verschiedenen Rednern auf die Gefahr Telanganaähnlicher Ereignisse hingewiesen, wenn Vidarbha als rückständige Region nicht stärker von der Landesregierung gefördert würde. Link, 6. 7. 1969.

<sup>30</sup> Atrocities in Telangana; Publ. by Tel. Praja Samithi 1969, S. 9.

<sup>31</sup> The Hindu, 15. 6. 1969.

<sup>32</sup> So berichtet „Link“ von Bemühungen seitens Telangana- und Marwari-Geschäftsleuten in Hyderabad, die Andhra-Geschäftsleuten in der Landeshauptstadt unter Druck zur Aufgabe ihrer Geschäftsinteressen, zum Verkauf ihrer Hotels, Kinos, Aktien zu veranlassen. Link, 1. 6. 1969.

<sup>33</sup> Link, 6. 7. 1969.

<sup>34</sup> The Hindu, 29. 6. 1969.



in Delhi weigerte sich jedoch, B. Reddys Rücktritt zu akzeptieren, und verwies die Entscheidung an die Kongreßfaktion im A.P.-Landtag, in der die Telangana-Vertreter in der Minderheit waren. In Hyderabad wurde dann wider Erwarten Reddy das (zeitlich befristete) Vertrauen ausgesprochen. Er wurde aufgefordert, bis zur Normalisierung der Lage im Amt zu bleiben. Dann sollte ein neuer Chiefminister, vorzugsweise aus Telangana, gewählt werden. B. Reddy hatte somit Zeit gewonnen und begann langsam seine Position wieder zu konsolidieren. Ende Juli bildete er ein neues Kabinett, in dem bislang wenig hervorgetretene, relativ unbekannte Telangana-Abgeordnete die Mehrheit bildeten — in den Augen der Separatisten Kollaborateure und Quislinge. Das für „Law and Order“ zuständige Innenministerium wurde ganz bewußt einem Telangana-Abgeordneten übertragen (Vengala Rao).

Seit August trat eine merkliche Abkühlung der Telangana-Agitation ein. Nachdem es den Führern der Bewegung nicht gelungen war, im Laufe von acht Monaten irgendwelche sichtbaren Resultate und damit ein Erfolgscharisma vorzuweisen, flaute der Enthusiasmus ihrer Anhänger ab. Seit September öffneten nach und nach wieder die Schulen und Colleges, vereinzelt Demonstrationsappelle der nun auch von internen Querelen heimgesuchten Telangana Praja Samithi<sup>35</sup> wurden nur noch schwach befolgt. Im September fühlte sich Brahmananda Reddy bereits stark genug öffentlich zu verkünden, daß er nicht die Absicht habe zurückzutreten<sup>36</sup>; im November wurde er wieder von etwa 75% der Kongreßabgeordneten im Landtag unterstützt<sup>37</sup>. Und dies, ohne auch nur eine nennenswerte Konzession an die Telangana-Bewegung gemacht zu haben. (Das von der Regierung eingesetzte Wanchoo Committee hatte Ende Oktober eine Kompetenzausweitung des Telangana Regional Committee vorgeschlagen; selbst dieser Vorschlag wurde von Reddy bislang nicht verwirklicht<sup>38</sup>.)

Im November nahm Reddy allerdings zwei Probleme in Angriff, die mittelbar mit den Ereignissen der vorangegangenen Monate zusammenhängen: vom 1. November an wurde das Alkoholverbot in Andhra aufgehoben. Das jährlich erwartete Steuermehraufkommen von 200–300 Mill. Rs. soll die subregionalen Disparitäten im A.P.-Budget ausgleichen. Zum anderen gründete er ein „Rayalseema Planning and Development Board“, um dadurch neue subregionalistische Bestrebungen in der wirtschaftlich ähnlich rückständigen Rayalseema-Region gar nicht erst aufkommen zu lassen. Eine mittelbare Auswirkung des Telangana-Konfliktes auf die gesamtindische Wirtschaftsplanung ist daran zu sehen, daß im September 1969 im National Development Council ein neuer Verteilerschlüssel für die zentral verwalteten Gelder beschlossen wurde. Danach wird nun nicht mehr allein zwischen fortschrittlichen (d. h. weniger bedürftigen) und rückständigen (d. h. besonders unterstützungsbedürftigen) Gliedstaaten unterschieden, sondern auch bei den an sich wirtschaftlich entwickelten

<sup>35</sup> Im November traten Differenzen zwischen Chenna Reddy und Konda Lakshman offen zutage, als Reddy seinen Rücktritt vom Vorsitz der Telangana Praja Samithi anbot. Siehe *Statesman*, 15. 11. 1969. Hinzu kommt noch eine „Rival TPS“ unter Sreedha Reddy, der eine — vor allem Konda Lakshman vorgeworfene — Verknüpfung der Sache Telanganas mit kongreßinternem Fakkionalismus ablehnte und einen Verzicht aller Telangana-Parlamentarier auf ihre Mandate forderte, um so Neuwahlen zu erzwingen, eine Forderung, die den Betroffenen doch etwas zu riskant war. *New Age*, 9. 11. 1969.

<sup>36</sup> *The Hindu*, 21. 9. 1969.

<sup>37</sup> *The Statesman*, 22. 11. 1969.

<sup>38</sup> *Economic and Political Weekly*, 1. 11. 1969.



Staaten werden nun zusätzlich entwickelte und rückständige Subregionen unterschieden, wobei die rückständigen Subregionen dann besonders bedacht werden<sup>39</sup>. Diese neue Regelung kommt den Bedürfnissen Telanganas sehr entgegen.

### Telangana, Kongreßfaktionalismus und gesamtindische Politik

Die Kongreßzentrale in Delhi hielt – trotz zeitweiligen Schwankens – an Brahmananda Reddy als Chiefminister Andhra Pradeshs fest. Von Delhi aus erblickte man in ihm gewissermaßen ein Symbol für die Einheit des Staates, die unter keinen Umständen gefährdet werden durfte. Die gesamtindischen Implikationen einer Abspaltung Telanganas wären viel zu unberechenbar und für die Integrität eines jeden einzelnen Gliedstaates bedrohlich gewesen, so daß Telangana von keiner nennenswerten politischen Kraft in Indien außerhalb der Region unterstützt wurde, ähnlich wie – so unpassend dieser Vergleich erscheinen mag – auf internationaler Ebene den meisten afrikanischen Staaten die Anerkennung eines unabhängigen Biafras zu riskant war wegen der darin implizierten prinzipiellen Infragestellung ihrer eigenen nur zu oft willkürlich zusammengefaßten territorialen Integrität.

Im Herbst des Jahres 1969 – Brahmananda Reddy hatte inzwischen seine Position wieder gefestigt, während der Kongreß auf gesamtindischer Ebene auf eine Spaltung zutrieb – standen sich innerhalb der Kongreßpartei Andhra Pradeshs vier unterschiedliche Gruppierungen gegenüber, deren zukünftige Manöver und Konstellationen stark von Faktoren der gesamtindischen Politik abhingen.

1. **Brahmananda Reddy** mit der überwiegenden Mehrzahl der Andhra-Kongreßabgeordneten hinter sich.
2. **Telangana-Separatisten**, die Mehrzahl der Kongreßabgeordneten aus Telangana.
3. **Sanjivayya**, ehemaliger Chiefminister von A.P., Kongreßpräsident und Unionsminister, verfügt nach wie vor über Anhang in seiner Heimatregion Rayalseema und als ehemals Unberührbarer unter seinen Kastenangehörigen, die immerhin 17% der Abgeordneten im Landtag stellen.
4. **Sanjiva Reddy**, ebenso wie Sanjivayya ehemals Chiefminister, Kongreßpräsident und Unionsminister, der nach langjähriger dominierender Rolle in der Regionalpolitik ins Zentrum nach Delhi gezogen wurde, von wo aus er versuchte, seinen Einfluß in A.P. vor allem in seiner Heimatregion Rayalseema zu wahren. Sanjiva Reddy ist einer der gesamtindischen Führer des als „Syndicate“ bezeichneten konservativen Kongreßflügels, als deren Kandidat er im Juni 1969 bei den Wahlen um die Präsidentschaft der Union unterlag.

Mit fortschreitender Vertiefung der Kongreßkrise fand Indira Gandhi die Unterstützung der Gruppen 1–3, was ihr im Staate Andhra Pradesh einen starken Stimmrückhalt bei den entscheidenden Abstimmungen im All India Congress Committee unmittelbar vor und nach der Spaltung der Partei verschaffte. Jede der drei Gruppen gewährte Indira Gandhi ihre Unterstützung nur unter ganz bestimmten, sich gegenseitig teilweise ausschließenden Bedingungen. So erwarteten die Gruppen 2 und

<sup>39</sup> Siehe hierzu H. C. Rieger: Die indische Planungskrise, in: Internationales Asienforum, Heft 1, 1970, S. 42.



3, daß Indira Gandhi B. Reddy schließlich doch fallenlassen würde, und die Telangana-Separatisten erhofften sich Zugeständnisse bezüglich einer Regionalautonomie. B. Reddy andererseits erwartete von Indira Gandhi, daß sie die Gruppe 2 abwies und Sanjivayya in der Nationalpolitik keine exponierte Stellung einräumte.

Indira Gandhi entschied sich schließlich eindeutig für B. Reddy, der zu einem Zeitpunkt allgemeiner Verunsicherung von Kongreßprovinzregierungen angesichts der sich auch in den Gliedstaaten vollziehenden Spaltung des Kongreß immerhin einen weiteren Staat (neben Haryana, Rajasthan, Madhya Pradesh, Maharashtra) für ihren Parteiflügel sicherte. Die Telangana-Separatisten gingen leer aus und Sanjivayya sah sich in seinen Erwartungen enttäuscht, Präsident des neuen Indira-Gandhi-Kongreß anstelle des bisherigen Präsidenten Nijalingappa zu werden. B. Reddy seinerseits glaubte den Einfluß sowohl Sanjivayyas als auch Sanjiva Reddys in Rayalseema durch die bereits erwähnte Gründung einer separaten Entwicklungsbehörde für diese Region neutralisieren zu können.

Diese Entscheidung Indira Gandhis für B. Reddy führte zum Jahreswechsel 1969/70 zu einer Neuorientierung unter den Telangana-Separatisten, die sich mehr und mehr durch das Syndikat und Sanjiva Reddy hofiert sahen<sup>40</sup>. Wenn auch der „Organisation Congress“, wie der Syndikatflügel nun genannt wird, kein separates Telangana anzubieten hatte, so war die Anerkennung des Telangana PCC<sup>41</sup>, die der wenige Monate vorher an den Tag gelegten Prinzipienstrenge eines Morarji Desai und Nijalingappa widersprach, doch eine entscheidende Stufe zur Neuformierung politischer Konstellationen in Andhra Pradesh. Gleichzeitig versuchten die Separatisten, Indira Gandhi durch Drohungen unter Druck zu setzen, daß 11 Telangana-Lok-Sabha-Abgeordnete u. U. der Indira-Gandhi-Regierung ihre Unterstützung versagen könnten<sup>42</sup>, was angesichts der prekären Minderheitsposition der derzeitigen Regierung eine ernst zu nehmende Warnung ist.

Damit ist ein Anliegen, das vor wenigen Monaten noch Hunderttausende von Demonstranten auf die Straßen zu bringen vermochte, in kurzer Zeit zum Manipulationsobjekt und Pressionsmittel im politischen „Horsetrading“ indischer nationaler und regionaler Politik geworden. Die „Bewegung“ als solche ruht zur Zeit. Doch niemand erwartet bzw. wagt zu hoffen, daß sie damit wirklich ein für allemal beendet ist.

Wenn auch die für Januar 1970 prophezeiten Studentenunruhen nicht eintraten, so demonstrieren doch die seit Februar 1970 als „Telangana United Front“ neu organisierten Abgeordneten im Landtag (Congress, SSP, Republican Party, Unabhängige) immer wieder ihre geschlossene Ablehnung der B.-Reddy-Regierung. Spätestens bei den nächsten Wahlen erwartet man eine Neubelebung der Massendemonstrationen. Die im Sommer 1969 fälligen Kommunalwahlen in Telangana sind bislang vertagt, die nächsten allgemeinen Wahlen stehen im Februar 1972 an, falls nicht politische Entwicklungen in Delhi zu einem früheren Wahltermin führen. Ausgehend von den Erfahrungen des Jahres 1969<sup>43</sup> kann man mit großer Wahrscheinlichkeit

<sup>40</sup> Economic and Political Weekly, 27. 12. 1969.

<sup>41</sup> The Hindu, 21. 12. 1969.

<sup>42</sup> The Current, 6. 12. 1969.

<sup>43</sup> Bei einer Nachwahl zum Legislative Council (Oberhaus) Andhra Pradeshs im Mai 1969 vermochte der Sekretär der Telangana Praja Samithi den offiziellen Kongreßkandidaten klar zu schlagen. The Hindu, 1. 6. 1969.



prophezeien, daß bei diesen Wahlen in Telangana kein Kandidat Chancen hätte gewählt zu werden, der nicht entschieden für ein separates Telangana eintritt. Wie weit dies im organisatorischen Rahmen einer der beiden Kongreßparteien bzw. einer anderen gesamtindischen Partei möglich sein wird oder eine neue regionalistische Partei nach dem Vorbild der DMK (Madras), Jharkand Party (Bihar), Sant Akali Dal (Punjab), des Bangla Congress (West Bengalen) oder der BKD (Uttar Pradesh) entsteht, ist nicht vorauszusagen. Ohne Zweifel werden jedoch die Telangana-Praja-Samithi und die erst wenige Wochen alte Telangana-United-Front dabei eine bedeutsame Rolle spielen.

Für den Augenblick könnte man erwarten, daß der bisherige Fehlschlag der Telangana-Agitation anderen regionalistischen Bewegungen den Wind aus den Segeln nimmt. Während damit Delhi in diesem Fall Härte am rechten Ort praktiziert zu haben scheint, hat Indira Gandhi jedoch erst vor wenigen Wochen durch ihre Entscheidung, der Sikh-Agitation nachzugeben und die zwischen Haryana und Punjab umstrittene Landeshauptstadt Chandigarh Punjab zuzusprechen<sup>44</sup>, einen negativen Präzedenzfall gesetzt.

<sup>44</sup> Indira Gandhi gab damit unmittelbarem Druck der Sikhs nach, die nach dem Fastentod Peruman Singhs (Oktober 1969) für Februar 1970 die Selbstverbrennung ihres politischen Führers Sant Fateh Singhs angekündigt hatten, was einen allgemeinen Aufruhr in diesem Staat zur Folge gehabt hätte. Gleichzeitig wollte sich Indira Gandhi durch dieses Zugeständnis die Unterstützung der Sikh-Partei Sant Akali Dal auf nationaler Ebene sichern, wie ja Indira Gandhi nach der Kongreßspaltung überhaupt auf die Unterstützung regionalistischer Parteien im Parlament angewiesen ist. Wieweit sie dies die Loyalität des Haryana-Congress kosten wird, ist abzuwarten.